

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Verbesserung der Lage im Libanon

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, angesichts der weiter anhaltenden Gefährdung und Aushöhlung staatlicher Souveränität und Autorität im Libanon in Konsultationen mit befreundeten und verbündeten Regierungen darauf hinzuwirken, daß

1. der Aufbau und die Konsolidierung staatlicher Autorität des Libanon ermöglicht und alle Aktionen und Einmischungen zurückgewiesen werden, die diesem Ziel entgegenstehen;
2. alle fremden militärischen Aktionen im Libanon eingestellt und insbesondere die willkürliche Beschießung großer Teile der christlichen Bevölkerung und ihrer Wohnsitze durch syrische Truppen beendet und künftig unterlassen werden;
3. die Aufgaben der im Libanon anwesenden Truppen der „arabischen Abschreckungsstreitmacht“ ausschließlich auf Zwecke zur Erhaltung des Friedens beschränkt werden oder diese Truppen zugunsten einer mit klaren Aufträgen versehenen UNO-Friedenstruppe zurückgezogen werden;
4. gemeinsam mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten von Amerika die Existenz der

christlichen Religionsgemeinschaften im Libanon auch als religiöse und kulturelle Gruppen entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gesichert wird.

Der Deutsche Bundestag erklärt, daß es ein Gebot internationaler Solidarität und ein Auftrag zur Wahrung der Menschenrechte ist, der leidenden Bevölkerung im Libanon mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu helfen. Er fordert daher die Bundesregierung mit Nachdruck auf, ihre Hilfe für die bedrückte Bevölkerung des Libanon wesentlich zu erweitern und bittet zugleich die Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die Bemühungen der großen karitativen Verbände um humanitäre Hilfe großzügig zu unterstützen. Er verlangt weiterhin von der Bundesregierung mitzuhelfen, daß diese Unterstützung auch die notleidende christliche Bevölkerung im Libanon erreicht und die Not Hunderttausender von Flüchtlingen, Obdachlosen und Verwundeten unmittelbar und rasch lindert.

Bonn, den 28. November 1978

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion